



POLITIK / REDAKTION

Iran -

dunkle Wolken über Nahost...

(SB) - Wie befürchtet, weil drei Tage zuvor vom Wall Street Journal unter Verweis auf Regierungsquellen in Washington angekündigt, hat US-Präsident Donald Trump am 8. April die Revolutionsgarde des Irans offiziell zur "terroristischen Organisation" erklärt. Was ähnlich der "Anerkennung" der illegal ... (S. 7)

POLITIK / KOMMENTAR

Europawahl - und dann wird Politik gemacht ...

(SB) - Rechtsgerichtete Bewegungen und Parteien sind in zahlreichen Ländern Europas auf dem Vormarsch. Mit Viktor Orbáns Fidesz in Ungarn, Jaroslaw Kaczyńskis PiS in Polen, Matteo Salvini's Lega in Italien und Heinz-Christian Straches FPÖ in Österreich stellen sie allein oder in Koalition die Regierung ... (S. 9)

UMWELT / REDAKTION

Globale Erwärmung - Scheingewinne ...

(SB) - Die Nordostpassage entlang der nordsibirischen Küste wird in den nächsten Jahren häufiger im Sommer eisfrei sein und deshalb von der Handelsschifffahrt intensiver genutzt ... (S. 12)

Frauenstreik - Frontverwandtschaften ...

Wir kurdischen Frauen haben aus unseren Erfahrungen vor allem eines gelernt - wir streiken jeden Tag, wir verweigern unsere Beteiligung am patriarchalen System. Dabei bleiben wir aber nicht stehen. Wir kämpfen jeden Tag dafür, unser eigenes System, unsere Alternative aufzubauen. Wir organisieren uns als Frauen und lernen uns jeden Tag aufs Neue kennen. Wir organisieren unsere Vielfalt. Wir organisieren unsere Hoffnungen, unsere Wünsche, unsere Träume. Wir organisieren uns in Räten und beschließen gemeinsam, was wir umsetzen wollen. Wir haben unsere eigenen Institutionen aufgebaut. Wir haben unsere eigenen Fernsehsender, unsere eigene Presse, unsere eigene Gerechtigkeitskommission, unsere eigene Selbstverteidigung aufgebaut. Wir verstehen den Streik im Sinne von Autonomie, Streik im Sinne von Selbstwerdung, Streik im Sinne von Vertrauen in unsere eigene Kraft, Streik im Sinne von Aufbau der Alternative, und diese wollen wir gemeinsam mit euch aufbauen.

Aus der Rede des Frauenrates Rojbin Hamburg auf der Abschlußkundgebung zum Frauenstreik am 8. März in Hamburg

(SB) 9. April 2019 - Obleich einer der beeindruckendsten Beiträge dieses bewegten Tages, schienen einige junge Aktivistinnen vom kämpferischen Tonfall der Rede, die auf der Abschlußkundgebung der Demonstration zum Frauenstreik in Hamburg an der Binnenalster gehalten wurde, etwas überfordert zu sein. Hier meldete sich ein Feminismus zu Wort, dessen Akteurinnen mit ganz anderen Problemen und Herausforderungen konfrontiert sind als dem, was eine weiße Frau in der Bundesrepublik zu erleiden hat. Nicht, daß das nicht schlimm genug wäre, doch kurdische Frauen kämpfen gleich an mehreren

Fronten um nichts geringeres als ihre Freiheit und Existenz.

Sie entstammen meist den sehr konservativen Verhältnissen einer Gesellschaft des Mittleren Ostens, in der der Mann häufig noch auf ganz archaische Weise als Patriarch über die Familie herrscht. Sein Wort ist Gesetz, und wer dagegen aufbegehrt, riskiert, aus der sozialen Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden. Indem die kurdische Frauenbewegung konsequent gegen die in den Moralvorstellungen mehrheitlich islamischer Gesellschaften verankerte Herrschaft des Mannes über Frau und Kind, Po-

litik und Gesellschaft antritt, vollzieht sie innerhalb weniger Jahrzehnte eine Entwicklung, die in den Metropolengesellschaften der kapitalistischen Moderne seit



über 100 Jahren in Gang und längst nicht abgeschlossen ist.

Zugleich kämpfen Kurdinnen für ein Leben, in dem sie nicht als Staatsbürgerinnen zweiten Ranges den Gebrauch der eigenen Sprache und anderer kultureller wie politischer Freiheiten erstreiten müssen. Daß sie dies im Rahmen einer Freiheitsbewegung tun, deren Initiator und Vorsitzender seit fast 20 Jahren vom türkischen Staat auf der Gefängnisinsel İmralı festgehalten und isoliert wird, kann als übergreifendes Symbol für die Repression verstanden werden, denen Menschen kurdischer Herkunft in fast allen Ländern, in denen sie leben, auf die eine oder andere Weise ausgesetzt sind. Obwohl die 1978 in der Türkei von jungen kurdischen SozialistInnen um Abdullah Öcalan gegründete PKK längst keine marxistisch-leninistische Kaderpartei mehr ist und immer wieder versucht hat, Frieden mit den kemalistischen Regierungen in An-

kara zu schließen, wird sie bis heute auch in der Bundesrepublik als terroristische Organisation kriminalisiert.

Informationen zu den Errungenschaften der kurdischen Frauenbewegung

Foto: © 2019 by Schattenblick

Davon unbeirrt beruft sich die kurdische Frauenbewegung auf Öcalan als denjenigen, der sie zu ihrem Kampf ermutigt und ihm Flügel verliehen hat. Die Bezugnahme auf einen als Mann identifizierten Vordenker und Politiker irritiert westliche Feministinnen nur, wenn sie die Biologie absolut setzen und ihr den Universalismus des Kampfes um Freiheit und Autonomie nachordnen. Als aus einer nationalen Befreiungsbewegung antikolonialistischer Art, die ihre Zukunft inzwischen im demokratischen Konföderalismus einer nicht mehr national und staatlich gebundenen Organisation der Gesellschaft sieht, hervorgegangene Bewegung sind die kurdischen Frauen einer revolutionären Tradition verpflichtet, die die Überwindung des Patriarchats als Zukunftsaufgabe aller

fortschrittlichen und freiheitlichen Kräfte versteht. Daß die organisatorische Unterscheidung in Männer und Frauen nach wie vor relevant ist, entspricht dem Verlaufcharakter dieses Kampfes und der Notwendigkeit, Schutzräume für Frauen zu schaffen, in denen sie ihre Entwicklung "autonom und losgelöst von männlichem Einfluss, sei es in Form von Männern, patriarchalen Gedanken oder Gefühlen organisieren" können, heißt es in einem Reader der Studentinnen der autonomen Frauenorganisation des Verbands der Studierenden aus Kurdistan, JKK.



Protest gegen Anschlag auf kurdische Aktivistinnen vier Tage nach ihrer Ermordung

Foto: © 2013 by Schattenblick

In dieser Auseinandersetzung geht es mithin nicht um die bloße Gleichstellung und Integration von Frauen in eine patriarchalisch organisierte Gesellschaft, wie etwa beim Gender Mainstreaming in den gesellschaftlichen Institutionen der Bundesrepublik oder bei der Gleichstellungspolitik der Bundeswehr, die dadurch nicht aufhört, sich an imperialistischen Kriegen zu beteiligen. Der Schritt, der mit der Wandlung der kurdischen Freiheitsbewegung vom Ziel der Durchsetzung eines Nationalstaates Kurdistan zu einer Befreiungsbewegung nicht nur kurdischer Frauen in einem

demokratisch-ökologischen Gesellschaftsmodell unternommen wurde [1], stellt die jahrtausendealten Traditionen patriarchaler Herrschaft in allen Bereichen kapitalistischer Gesellschaftsordnung, akademischer Wissensproduktion und ökonomischer Ausbeutung von Mensch und Natur in Frage.

Da diese Entwicklung in der militärischen Auseinandersetzung mit dem türkischen Staat begann und sich im Krieg mit dem IS in Rojava und Nordsyrien fortsetzte, stellte sich die Frage, welche Rolle Frauen in diesen Kriegen einnehmen sollten. Mit dem Aufbau einer Frauenarmee Mitte der 1990er Jahre [2] und der Frauenverteidigungskräfte YPJ im nordsyrischen Rojava stellen die Kurdinnen auch auf ganz praktischer Ebene die Herrschaft des Patriarchates in Frage. Vor die Wahl gestellt, sich weiterhin von einem Haustyrannen unterdrücken, von Vergewaltigern schänden oder Staatsagenten foltern zu lassen, handelt es sich dabei um einen emanzipatorischen Akt besonderer Art. So ist die YPJ integraler Bestandteil der Frauenselbstorganisation im nordsyrischen Rojava als auch ein wichtiger Faktor bei der Bekämpfung der Kämpfer des IS und der Verteidigung der Region gegen weitere Übergriffe der türkischen Streitkräfte.

Was in diesem von Großmachtinteressen bedrohten wie regionalen Akteuren umkämpften Teil des Nahen und Mittleren Ostens an praktischer Frauenbefreiung stattfindet, ist angesichts der aktiven Überwindung althergebrachter, durch patriarchale Dominanz gesicherter Herrschaftsverhältnisse von großer Tragweite für all die-

jenigen, die auf vergleichbare Weise unterdrückt werden. Eine aufschlußreiche Schilderung der Entwicklung der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung ist die 2016 erstmals im öffentlichen Fernsehen ausgestrahlte arte-Koproduktion "Der Freiheitskampf der Kurdinnen" [3]. Regisseurin Mylène Sauloy erinnert insbesondere an die am 4. Januar 2013 in einem mutmaßlich staatsterroristischen Anschlag zusammen mit Fidan Dogan und Leyla Saylemez ermordete Mitbegründerin der PKK und Vorkämpferin der kurdischen Frauenbewegung, Sakine Cansiz.



Gegen das Attentat in staatlichem Auftrag ...

Foto: © 2013 by Schattenblick



... Frauensolidarität

Foto: © 2013 by Schattenblick

In dem Redebeitrag des Rojbin Frauenrates Hamburg erfuhren die Aktivistinnen des Frauenstreikes am 8. März [4] gleich zu Beginn, daß kurdische Frauen alle Gründe der Welt haben, diese Welt zu bestreiken und zu verändern. "Unsere Dörfer wurden niedergebrannt, unsere Familienmitglieder entführt und ermordet. Wir wurden aufgrund unserer Identität als Kurdinnen und aufgrund unserer politischen Arbeit verfolgt. Viele von uns wollten ihre Heimat nicht verlassen, sondern wurden dazu gezwungen, unter anderem aufgrund der Interessen des deutschen Staates." Da-

mit nicht genug, für die in die Bundesrepublik Geflüchteten, die die zweitgrößte Migrantinnen-gruppe des Landes stellen, setzt sich die Ausgrenzung fort, unter anderem weil sie genötigt werden, die Sprache der Unterdrücker zu sprechen, weil die Ämter nur Übersetzungen ins Türkische anbieten.

Als migrantische Frauen bereits mit Rassismus und Sexismus konfrontiert werden kurdische Aktivistinnen auch noch vom

deutschen Staat, der eng mit dem Regime Erdogans kooperiert, mit politischer Verfolgung überzogen. Die Drohung mit Abschiebung ist ein probates Mittel, um ihre politischen Aktivitäten zu unterdrücken. Ihre Symbole, Parolen und Demonstrationen werden ohnehin kriminalisiert und verboten. Die umfassende Zerstörung kurdischer Dörfer und Städte durch das Erdogan-Regime wurde in Politik und Medien mit dem angeblich terroristischen Charakter der kurdischen Freiheitsbewegung rechtfertigt. In einer kurzen Phase, in der die YPJ-Kämpferinnen Kobane verteidigten, waren ihr Bild allgegenwärtig. Inzwischen sind sie wieder aus der Öffentlichkeit verschwunden, und die Tatsache, daß die Befreiung der IS-Hochburg Raqqa von einer Frau angeführt wurde, findet ebensowenig Erwähnung, als ein deutscher Außenminister es für notwendig hält, den Tod zahlreicher kurdischer KämpferInnen im Kampf gegen den IS zu würdigen.

Um so größer ist die Ignoranz gegenüber den Fortschritten des gesellschaftlichen Wandels in Rojava und Nordsyrien. Davon wollen die JournalistInnen der bürgerlichen Presse nichts wissen, könnte sich doch herausstellen, daß dort unter weit schwierigeren Bedingungen entscheidende Schritte zum Aufbau einer gerechten und ökologischen Gesellschaft getan werden als in einer Bundesrepublik, in der eigentlich alle materiellen und politischen Voraussetzungen dafür gegeben wären. Wer sich dennoch, wie die feministische Filmemacherin Uli Bez, für die Sache der Kurdinnen einsetzt, kann schon wegen vermeintlichen Kleinigkeiten vor

Gericht landen. Weil sie ein Facebook-Posting teilte, auf dem eine Fahne der YPJ zu sehen war, wurde sie in München wegen Verstoßes des Vereinsgesetzes angeklagt. Ihr jetzt erfolgter Freispruch wurde von der Staatsanwaltschaft mit der Ankündigung quittiert, in Berufung zu gehen [5].

Dieses eine Beispiel für Dutzende von Verfahren wegen Verstoßes gegen ein regelrechtes Bilderverbot, mit dem die kurdische Befreiungsbewegung unsichtbar gemacht wird, wendet die Kumpagnei der Bundesregierung mit dem Erdogan-Regime gegen alle BürgerInnen der Bundesrepublik, die sich solidarisch mit einem Kampf zeigen, bei dem es um weit mehr

Seit dem 8. November 2018 befindet sich die kurdische Parlamentsabgeordnete Leyla Güven im Hungerstreik. Sie verlangt die Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan und die Aufnahme von Friedensgesprächen seitens der Türkei. Dabei wird sie durch inzwischen 7000 politische Gefangene in türkischen Gefängnissen und solidarischen AktivistInnen in anderen Ländern unterstützt. Mit dem Aufruf zur Solidarität mit allen politischen Gefangenen und dem solidarischen Streik und Kampf der Frauen für ein Leben in Freiheit und Würde endete die von viel Zustimmung und Beifall begleitete Rede, mit der auch der lange Tag des Frauenstreikes am 8. März in Hamburg allmählich ausklang.



als geostrategische Interessen geht. So sparte auch die Rednerin des Frauenrates nicht mit Kritik an der Kollaboration der Bundesregierung mit der AKP-Regierung, die Hunderte von Frauenorganisationen verboten und die weiblichen Kobürgermeisterinnen türkischer Städte allesamt durch männliche Statthalter ersetzt hat.

Jin Jiyan Azadi!

Frauen Leben Freiheit!"

Foto: © 2019 by Schattenblick

Anmerkungen:

[1] <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/hintergrund/frauen/pja/0050.htm>

[3] <https://www.youtube.com/watch?v=XuNoecGUjWE>

[4] <http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0119.html>

[5] <https://www.jungewelt.de/artikel/352535.freispruch-f%C3%BCr-feministin.html>

Weitere Beiträge zur kurdischen Frauenbewegung im Schattenblick:

BERICHT/103: Kongreß Kurdischer Aufbruch - Die kurdische Revolution ist eine Frauenrevolution (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0103.html>

INTERVIEW/107: Kongreß Kurdischer Aufbruch - Ann-Kristin Kowarsch zur kurdischen Frauenbewegung (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0107.html>

INTERVIEW/261: Kurdischer Aufbruch - vom Vorbild lernen ... Gönül Kaya im Gespräch (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0261.html>

INTERVIEW/377: Gegenwartskapitalismus - mit Kopf und Herz zurückerobern ... Haskar Kirmizigül im Gespräch (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0377.html>

INTERVIEW/378: Gegenwartskapitalismus - Diskurs, fortgesetzt und kritisch ... Halime Kurt im Gespräch (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prin0378.html>

BERICHT/282: Gegenwartskapitalismus - frühes Wissen ... (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0282.html>

<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0125.html>

BÜRGER und GESELLSCHAFT / REPORT

Frauenstreik - das fortgesetzte unterdrückte Ringen ...

Leyla Kaya im Gespräch

Interview am 8. März 2019 in Hamburg



Newroz 2018 in Hannover kurz nach der Besetzung Afrins durch die Türkei [2]

Foto: © 2018 by Schattenblick

(SB) Leyla Kaya ist im Rojbin Frauenrat Hamburg aktiv. Am Rande der Kundgebungen zum Internationalen Frauenkampftag am 8. März auf dem Hamburger Rathausmarkt beantwortete sie dem Schattenblick einige Fragen zur Situation im nordsyrischen Rojava, wo die gesellschaftlichen Fortschritte der Frauen besonders beeindruckende Ergebnisse hervorgebracht haben.

Schattenblick (SB): Der Kanton Afrin ist seit Januar 2018 von türkischen Truppen besetzt. Wie es um die dortigen Frauenprojekte und die Lage der Frauen unter dem Besatzungsregime bestellt?

Leyla Kaya: Das türkische Militär hat Afrin erobert und hält das Gebiet zusammen mit den dort herrschenden radikal-islamistischen Gruppen besetzt. Mit der türkischen Eroberung wurden alle Errungenschaften, die wir erkämpft hatten, zunichte gemacht. Dennoch geht der Widerstand weiter, das schließt den Widerstand der dort lebenden Frauen mit ein. Und es wird mit aller Macht versucht, in Afrin wieder Einfluß zu gewinnen, um erneut demokratische Strukturen aufzubauen, auch Frauenrechtstrukturen wieder zu installieren. Bisher mit wenig Erfolg. Alle vorherigen Errungenschaften wie die, daß die Frauen dort frei ihre Meinungen, auch politische Meinungen äußern konnten, sind außer Kraft. Es werden sogar Frauen gewaltsam dazu genötigt, sich wieder zu ver-

schleiern. Einige wehren sich natürlich dagegen, aber trotz allem ist die Situation leider so, daß die Frauen dort unter großen Beeinträchtigungen leben müssen. Aber der Widerstand geht weiter.

SB: Wie ist die Entwicklung im Dorf der Frauen in Kobane?

Leyla Kaya: Der Aufbau des freien Frauendorfes ist fast abgeschlossen. Es gibt natürlich einzelne Dinge, an denen noch gearbeitet werden muß. Aber das Frauendorf steht und funktioniert, wie die Arbeit des dort organisierten Frauenrates, der aus Frauen vieler Nationen zusammengesetzt ist. Araberinnen, Syrerinnen, Kurdinnen, auch Christinnen befinden sich in diesem Rat.

SB: Kann man sagen, daß die kurdische Frauenbewegung auf die anderen Bevölkerungsgruppen Einfluß hat, daß auch diese Frauen entdecken, daß sie mehr Möglichkeiten haben?

Leyla Kaya: Auf jeden Fall. Deswegen hat die Militäroffensive vor allem in Afrin stattgefunden. Der gewaltsame Druck von Erdogan und den Radikalislamisten zielt darauf ab, die Frauennarrschaften zu beseitigen, insbesondere damit sich die in anderen Regionen lebenden arabischen, christlichen oder jesidischen Frauen kein Beispiel daran nehmen können. Bevor Shingal befreit worden ist, gab es keine jesidische Frauenbewegung, die sich in aller Stärke organisieren konnte. Erst danach wurden jesidische Frauenorganisationen gegründet, wie zum Beispiel die aus jesidischen Frauen bestehende Armee. Sie ist entstanden, weil die kurdische Frauenbewegung als

Vorbild diente und ein Beispiel dafür ist, daß man für seine Rechte auch kämpfen muß. Sogar viele arabische Frauen haben sich dem Kampf der jesidischen Frauenbewegung angeschlossen. Und deswegen wird auch auf sie außerordentlicher Druck ausgeübt.

SB: Wie ist es um die Unterstützung der kurdischen Frauenbewegung in Deutschland insbesondere auch durch die hiesige Frauenbewegung bestellt?

Leyla Kaya: Bei der Befreiung von Kobane gab es sehr viel Solidarität seitens der deutschen Bevölkerung, beziehungsweise von der deutschen Linken und von Frauenorganisationen. Ich würde mir natürlich wünschen, daß dieser Rückhalt noch stärker wird, deswegen müssen wir mehr auf die Straße gehen, mehr Aufmerksamkeit erhalten. So wie heute hier am 8. März. Wir haben uns in diesem Bündnis engagiert und unsere Forderungen mit einfließen lassen. Alle Frauen haben das sehr positiv aufgenommen, und das bedeutet uns viel! Es muß auch Solidarität unter Frauen entstehen, weil wir Frauen auch ein wenig anders denken als, ich sage mal, die Männer mit ihren herrschaftlichen Vorstellungen. Die Männer trennen die Gesellschaft, die Frauen müssen sie wieder zusammenführen. Vor allem deswegen müssen die Frauen sich miteinander organisieren. Nicht nur wegen der kurdischen Frage, sondern als Frauen, die Widerstand gegen das System leisten, das auch hier in Deutschland sehr ausbeuterisch ist. Man denkt immer, Deutschland sei so demokratisch und gewähre alle Rechte, aber so ist es leider nicht.

SB: Vielen Dank für das Gespräch.

Anmerkungen:

[1] BERICHT/119: Frauenstreik - der gleiche Kampf ... (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrb0119.html>

[2] BERICHT/313: Newroz Hannover - Verteidigung Afrins ... (SB)
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/report/prbe0313.html>

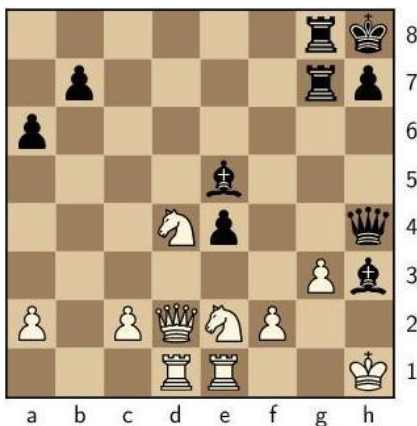
<http://www.schattenblick.de/infopool/buerger/report/brrr0187.html>

SCHACH - SPHINX

Dämonengleiches Aufblitzen

(SB) - Verschieden sind die Gründe, aus denen heraus jemand zum Schachspiel greift, und unterschiedlich die Motive, die ihn an diesem Spiel festhalten lassen. Je nach eigener Veranlagung wird das Wesen des Schachspiels spezifisch definiert. Das Interesse jedes einzelnen ist bekanntlich sein Himmelreich. Niemand hat das Recht, ihm da hineinzureden. Doch aus ebendiesem Grunde ist es auch zulässig, daß bestimmte Charaktere im Schach deutlich mehr sehen als nur ein auf Kurzweil gestütztes Vergnügen. Die schönste Lobeshymne sang wohl der begnadete Wiener Meister Josef Krejcik: "Ist denn das Schach, o Menschen, nur ein Spiel? Nur der, in dessen Seele ein Hauch von Kunst lebt, kann Schach spielen, die vielen anderen spielen nur mit Holzfiguren. Nur der von

Gott begnadete Künstler schafft Werte auch auf den 64 Feldern, die anderen, die Allzuvielen, ihnen ist es nicht Kunst, nur Zerstreuung für müßige Stunden oder höchstens ein Sorgenbrecher. Gar vielen aber bloßer Sport. Was kümmert sie der göttliche Funke, der in der unsterblichen Partie dämonengleich blitzt, sie wollen nur wissen: Wer wird Erster im Turniere, wer ist Weltmeister?" Nun, Wanderer, im heutigen Rätsel der Sphinx ist eine ganz andere Frage belangvoll, nämlich die nach dem kürzesten und schlagfertigsten Weg zum Gewinn für Schwarz.



Fuderer - Gligoric
Zagreb 1949

Auflösung letztes Sphinx-Rätsel:

Die Mächte hinter allem Gespinst entschieden gegen ein Remis:
1.Td8- e8+! Ke7-d6 2.e4-e5+ Kd6-c7 3.d5-d6+ Kc7-b7 4.Te8-e7+ Kb7-b8 - 4...Kb7- c6 5.Te7-c7+ Kc6-b5 6.Tc7-c1 Sh5xf6 (6...Tb3-b1 7.Tc1-c5+) 7.g5xf6 Tb3- b1 8.d6-d7! - 5.Sf6-d7+ Kb8-c8 - 5...Kb8-a8? 6.Te7-e8+ nebst 7.Sd7-c5+ - 6.Sd7-c5 Tb3xe3+ 7.Kf3xe3 Sh5-g7 8.Te7-c7+ und Schwarz gab angesichts der erdrosselnden Mattschlinge auf.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06892.html>

POLITIK / REDAKTION / NAHOST

Iran - dunkle Wolken über Nahost ...

(SB) 9. April 2019 - Wie befürchtet, weil drei Tage zuvor vom Wall Street Journal unter Verweis auf Regierungsquellen in Washington angekündigt, hat US-Präsident Donald Trump am 8. April die Revolutionsgarde des Irans offiziell zur "terroristischen Organisation" erklärt. Was ähnlich der "Anerkennung" der illegal besetzten syrischen Golanhöhen als Teil Israels wie ein weiteres Wahlgeschenk Trumps an den amtierenden israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu anmutet, um diesem zum Sieg bei der Knessetwahl am heutigen 9. April zu verhelfen, birgt enorme Sprengkraft. Im Vergleich zu Syrien, dessen Streitkräfte mit einem Aufstand dschihadistischer Gruppen vollauf beschäftigt sind, ist der Iran militärisch durchaus in der Lage, auf den hingeworfenen Fehdehandschuh der USA mit kinetischen Mitteln zu reagieren. Leider ist die Eskalation der sich seit dem Amtsantritt Trumps 2017 zuspitzenden Konfrontation zwischen Washington und Teheran in den offenen Krieg das, was die zionistischen Neokonservativen der US-Regierung, allen voran der Nationale Sicherheitsberater John Bolton und Außenminister Mike Pompeo, offenbar wollen.

Seit mehr als zwei Jahrzehnten versuchen Netanjahu und die Neocons nun schon der Welt weiszumachen, das "Mullah-Regime" in Teheran sei der "Hauptsponsor" des "internationalen Terrorismus". Im berüchtigten Positionspapier "A Clean Break",

mit dem 1996 eine Gruppe unter der Leitung des ehemaligen US-Vizepentagonchefs Richard Perle für Netanjahu die erwünschten Ziele der israelisch-amerikanischen Allianz skizzierte, stand der Iran ganz oben auf der Liste jener Länder, in denen der "Regimewechsel" herbeigeführt werden müsse. Nach den Flugzeuganschlägen vom 11. September 2001, die das sunnitische Al-Kaida-"Netzwerk" Osama Bin Ladens durchgeführt haben soll, gingen die israelischen und amerikanischen Verfechter der These vom "Frieden durch Stärke" ans Werk. Nach dem Blitzsieg gegen die Taliban Ende 2001 fabrizierten diese Kräfte unter dem Stichwort "Massenvernichtungswaffen" einen Kriegsgrund, um im März 2003 einzumarschieren und Saddam Hussein zu stürzen.

Im ersten Rausch des angloamerikanischen Blitzsieg, als im Mai jenes Jahres George W. Bush vom Deck eines Flugzeugträgers "Mission Accomplished" brüllte, gaben die Neokonservativen in den US-Medien die Parole aus, die Einnahme Bagdads sei ein "Spaziergang" gewesen, "echte Männer" wollten "nach Teheran". Zur anvisierten Verwendung des Iraks als Brückenkopf für eine Invasion gen Westen nach Syrien oder nach Osten in den Iran kam es aber nicht, weil sich die US-Streitkräfte im Zweistromland schnell mit einem erbitterten Aufstand sunnitischer und schiitischer Gruppen konfrontiert sahen, der sie schließlich 2011 wie-

der zum Abzug zwang. Hinzu kommt, daß 2007 die US-Geheimdienste nach dem Irak-Fiasco die Bemühungen von George W. Bush und Dick Cheney, mit Hilfe Netanjahus dem Iran den geheimen Atombombenbau anzudichten, durchkreuzt haben.

2006 erlitt Israel einen herben Schock, als seine Streitkräfte trotz unangefochtener Luftüberlegenheit beim Libanonkrieg in jenem Sommer gegen die schiitische Hisb-Allah-Miliz nur ein Unentschieden herausholen konnten. Für Israels Verlust des Nimbus der militärischen Unbesiegbarkeit sollte später Syrien bezahlen, das als Transitland und Verbündeter im "Bogen des Widerstands" zwischen dem Iran und den von der Hisb Allah kontrollierten Teilen des Libanons fungiert. 2007 heckten US-Vizepräsident Cheney und der damalige Geheimdienstchef Saudi-Arabiens, Prinz Bandar bin Sultan, einen Plan aus, mittels sunnitischer Extremisten aus aller Herren Länder das "Regime" Bashar Al Assads in Damaskus zu stürzen. Im selben Jahr wurde die rund 4000 Mann starke Al-Quds-Einheit der iranischen Revolutionsgarde auf die US-Terrorliste gesetzt. Das Ergebnis ist der syrische Bürgerkrieg, der 2011 ausbrach, Hunderttausende Menschen tötete, Millionen zu Flüchtlingen machte und heute noch anhält.

2014 drohten die Glaubenskrieger den Konflikt in Syrien zu gewinnen. Unter anderem mittels amerikanischer TOW-Antipanzerraketen, welche sie von den Saudis in größerer Stückzahl erhalten hatten, waren die militanten Assad-Gegner auf dem Vormarsch und trieben die Syrische Arabi-

sche Armee (SAA) vor sich her. Die Wende leitete Qassem Soleimani ein. Der legendäre Chef der Al-Quds-Einheit bei der iranischen Revolutionsgarde flog persönlich nach Moskau und überredete den russischen Präsidenten Wladimir Putin zur Intervention in den Syrienkrieg. Während Rußland die nötige Luftwaffe zur Verfügung stellte, organisierte Soleimani ein Heer aus iranischen Revolutionsgardisten, Hisb-Allah-Milizionären aus dem Libanon sowie schiitischen Freiwilligen aus dem Irak und Afghanistan, die zusammen mit der SAA die Offensive der verschiedenen "Terrorgruppen" wie die Al-Nusra-Front, Ahrar Al Sham oder den "Islamischen Staat" (IS) stoppten und in sein Gegenteil verkehrten. Im selben Jahr war Soleimani im Irak als Militärberater zugegen, als dort mittels einer Massenerhebung aller wehrfähigen Männer die drohende Einnahme Bagdads durch die IS-Kalifatsanhänger verhindert wurde.

Angesichts der Notwendigkeit, den Irak zu stabilisieren und Syrien nicht völlig im Chaos versinken zu lassen, wie es 2011 nach dem von der NATO unterstützten Sturz Muammar Gaddhafis passiert war, haben die USA 2015 unter der Leitung von Präsident Barack Obama gegen den ausdrücklichen Willen von Netanjahu und dessen Freunden im Washingtoner Kongreß sowie den verschiedenen konservativen Denkfabriken am Potomac, zusammen mit China, Rußland und den EU-3 - Deutschland, Frankreich und Großbritannien - das Atomabkommen mit den Iran unterzeichnet. Der Grundlagenvertrag sah den Verzicht des Irans auf sämtliche Aspekte des zivilen

Kernenergiekreislaufs, die eventuell für eine militärische Nutzung zu gebrauchen sein könnten, sowie umfassende und regelmäßige Kontrollen durch Inspektoren der Internationalen Atomenergieagentur (IAEA) vor. Im Gegenzug sollten alle Handelssanktionen gegen den Iran aufgehoben und die Islamische Republik wieder in die "internationale Gemeinschaft" aufgenommen werden.

Die Hoffnungen auf eine dauerhafte Détente zwischen Washington und Teheran erlitten im November 2016 mit der Wahl von Trump, dessen größter Einzelspender im monatelangen Ringen gegen Hillary Clinton Netanjahus Freund, der schwerkreiche Las-Vegas-Casino-Magnat Sheldon Adelson, gewesen ist, Schiffbruch. Im Wahlkampf hatte der New Yorker Baulöwe, der in Sachen internationale Politik seine Informationen hauptsächlich vom Fernsehnachrichtensender Fox News des reaktionären australo-amerikanischen Medienmoguls Rupert Murdoch bekommt, den Atomvertrag mit dem Iran als "schlimmsten Deal aller Zeiten" in Grund und Boden verdammt. Ohne den geringsten Beweis zu präsentieren, machte Trump als Präsident im Oktober 2017 den Iran für die Anschläge 1998 auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam verantwortlich. Bis dahin gingen alle Geheimdienstexperten davon aus, daß dahinter Bin Ladens Al Kaida steckte. Bei der Gelegenheit warf er Teheran zudem vor, durch die Unterstützung der Taliban in Afghanistan und verschiedener schiitischer Milizen im Irak für den Tod von "Hundertern von amerikanischen Mili-

tärangehörigen" verantwortlich zu sein.

Im Mai 2018 kündigte Trump zum Entsetzen der anderen sechs Unterzeichnerstaaten das Atomabkommen mit dem Iran einseitig auf und reaktivierte die früheren Finanz- und Wirtschaftssanktionen der USA gegen die Islamische Republik. Dabei setzten sich Trump, Bolton und Pompeo erklärtermaßen das Ziel, den Ölexport des Irans, auf dessen Einnahmen die Menschen dort in hohem Maße angewiesen sind, "auf Null" zu drosseln. Infolge des Kurswechsels stellten die meisten europäischen Unternehmen ihre geschäftlichen Tätigkeiten im Iran ein. Aufgrund des massiven Drucks stoppten viele Abnehmerstaaten wie Südkorea und Indien den Import iranischen Öls. Beide Entwicklungen haben die iranische Wirtschaft in eine schwere Krise gestürzt, welche die Führung in Teheran bislang gerade noch meistert. Bislang bekennen sich Präsident Hassan Rohani und das geistliche Oberhaupt, Großajatollah Ali Khamenei, zum Atomabkommen. Die Frage ist nur, wie lange sich diese Position halten läßt.

Durch die jüngste Erklärung Trumps ist Irans 125.000 Mann starke Revolutionsgarde die erste staatliche Institution weltweit, welche die USA auf ihre Liste der "terroristischen Organisationen" gesetzt haben. Gegen die Initiative sollen sich die zuständigen Experten bei der CIA und im Pentagon ausgesprochen haben. Sie warnten offenbar, daß die provozierende Einstufung den Iran zu Gegenmaßnahmen veranlassen könnte, die das Leben amerikanischer Soldaten und Geheim-

dienstler im Nahen Osten und Zentralasien gefährden. Und in der Tat, wenige Stunden nach der Rede Trumps und den dazugehörigen Erläuterungen Pompeos hat der Iran seinerseits CENTCOM, das für alle US-Militäreinheiten im Nahen Osten zuständige Kommando mit Regionalsitz in Katar, zu einer "Terrororganisation" vergleichbar dem IS erklärt. Wie der Nahost- und Geheimdienstexperte Oberst a. D. Pat Lang bereits am 7. April auf seinem Blog Sic Temper Tyrannis gewarnt hat, erklärt die Umdefinition der iranischen Revolutionsgardisten zu "Terroristen" diese für vogelfrei. In Verbindung mit der Antiterrorkriegsermächtigung des Kongresses vom September 2001 können die US-Streitkräfte nicht nur jedes Mitglied der iranischen Revolutionsgarden völlig legal töten, sondern sind geradezu angehalten, dies zu tun.

Bekanntlich geraten seit Jahren regelmäßig US-Kriegsschiffe und Schnellboote der iranischen Revolutionsgarde im Persischen Golf, insbesondere an der extrem engen Straße von Hormus, aneinander. Bislang konnte ein schwerer Zwischenfall durch das besonnene Handeln der Kommandeure auf beiden Seiten vor Ort vermieden werden. Künftig wird es schwierig bis unmöglich, in solchen Situationen eine Eskalation bis hin zum Schußwechsel zu vermeiden. Es gibt triftige Gründe anzunehmen, daß gerade dies der Zweck von Trumps "Terror"-Bezeichnung für die iranische Revolutionsgarde gewesen ist.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/nhst1658.html>

POLITIK / KOMMENTAR

Europawahl - und dann wird Politik gemacht ...

Willkommen sind alle Parteien, für die Attribute wie konservativ, freiheitlich und patriotisch mehr sind als leere Worthülsen. Nicht willkommen sind uns Sozialisten, Kommunisten, Ökofaschisten und Extremisten - und zwar aus dem linken wie aus dem rechten Lager.

Jörg Meuthen wirbt für eine rechte Fraktion im EU-Parlament [1]

(SB) 9. April 2019 - Rechtsgerichtete Bewegungen und Parteien sind in zahlreichen Ländern Europas auf dem Vormarsch. Mit Viktor Orbáns Fidesz in Ungarn, Jaroslaw Kaczynskis PiS in Polen, Matteo Salvinis Lega in Italien und Heinz-Christian Straches FPÖ in Österreich stellen sie allein oder in Koalition die Regierung, Marine Le Pen vom französischen Rassemblement National, Geert Wilders' niederländische Partei der Freiheit, der belgische Vlaams Belang oder die deutsche AfD verfügen über beträchtlichen Einfluß, um nur einige zu nennen. Gelänge es ihnen, ihre partiellen Interessengegensätze zurückzustellen und sich in gemeinsamen Kernfragen zu verbünden, drohte eine Stärkung reaktionärer Positionen auf breiter Front, die über ihre bislang ausgeübte Wirkung weit hinausreichte. Angesichts ihrer Fixierung auf nationale Identität und Stärkung des eigenen Staates wie auch einer mehr oder minder weitgehenden Ablehnung supranationaler Administrationen wie die Europäische Union scheint eine rechte Interna-

tionale zunächst ein Widerspruch in sich zu sein. Das könnte sich jedoch schnell ändern, weshalb derzeit kursierende Einschätzungen, dieses politische Lager sei seit jeher zersplittert und werde auch künftig an seinen inneren Widersprüchen scheitern, den Ernst der Lage fatal unterschätzt.

Nach den Europawahlen am 26. Mai will die sogenannte "Europäische Allianz der Völker und Nationen" (European Alliance of Peoples and Nations, EAPN) stärkste Fraktion im EU-Parlament werden. Unter Führung des italienischen Innenministers und Vizepremiers Matteo Salvini soll ein neues europäisches Bündnis der Nationalisten und Rechtspopulisten geschmiedet werden, das als paneuropäische Sammlungsbewegung seinen Einfluß geltend macht. Das ambitionierte Vorhaben sieht insbesondere vor, die im Europäischen Parlament bislang auf verschiedene Fraktionen verteilten rechten Parteien in einer einzigen zusammenzuführen. Diese würde dann über einen beträchtlichen Stimmenanteil verfügen, der bei diversen wichtigen Abstimmungen Weichen stellen oder Entscheidungen blockieren könnte, während zugleich eine Reihe einflußreicher Positionen in den Kommissionen besetzt würden. [2]

Wie stark diese Fraktion letzten Endes wird, hängt zum einen vom Ausmaß des Stimmenzuwachses ab, der diesen Parteien bei der Europawahl prognostiziert wird. Zum anderen ist vorerst noch offen, wie viele Parteien sich von Salvinis Anschlag inspirieren lassen, dem Ruf zum Schulterschluß zu folgen. Stärkste Fraktion wird die EAPN eher nicht werden,

doch könnte sie es zur drittgrößten oder im Falle eines dramatischen Absturzes der sozialdemokratischen Parteien sogar zur zweitgrößten bringen, sofern alle adressierten Bündnispartner mitziehen.

Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, der als Leitfigur der Rechten in Ostmitteleuropa sehr wichtig für den Zusammenschluß wäre, hat Salvinis Vorhaben allerdings eine Absage erteilt. Nachdem die Europäische Volkspartei die Fidesz nicht ausgeschlossen, sondern nur suspendiert hat, will er seine Position innerhalb der immer noch stärksten europäischen Fraktion halten. Im EU-Parlament bilden Salvinis Lega, Straches FPÖ und Le Pens Nationale Sammlungsbewegung bislang die Fraktion "Europa der Nationen und der Freiheit" (ENF), der aktuell 37 Parlamentarier angehören. Im derzeitigen Parlament sitzen bereits rund 150 Parlamentarier, die eine Gesetzgebung durch die EU ablehnen. Neben den Abgeordneten der ENF sind dies auch Mitglieder der Fraktion "Europa der Freiheit und der direkten Demokratie" (EFDD), in der vor allem Brexit-Befürworter der britischen Ukip, aber auch Italiener der Fünf-Sterne-Bewegung vertreten sind. Hinzu kommen 20 Fraktionslose, unter ihnen der NPD-Abgeordnete Udo Voigt, sowie Vertreter der ungarischen Jobbik-Partei und der faschistischen griechischen Goldenen Morgenröte. [3]

Die AfD war bei der Europawahl 2014, nur ein Jahr nach ihrer Parteigründung, auf sieben Prozent gekommen und mit sieben Abgeordneten in das EU-Parlament eingezogen. Wegen der 2015 er-

folgten Spaltung der Partei ist Jörg Meuthen aktuell der einzige Europaabgeordnete der AfD und Mitglied der europafeindlichen Fraktion "Europa der Freiheit und der direkten Demokratie". Der AfD, die unter dem Motto "Freiheit statt Brüssel" ihren Europawahlkampf eröffnet hat, werden nach jüngsten Umfragen neun bis elf Prozent zugetraut, etwas weniger als bei den Umfragen zur Bundestagswahl.

Meuthen bildete gemeinsam mit Salvini das Führungsduo auf einer Pressekonferenz zur Gründung des rechten Europabündnisses in einem Mailänder Nobelhotel. Aus Finnland kam der EU-Kandidat Olli Kotro von der rechtspopulistischen Kleinpartei Die Finnen, von der dänischen Dansk Folkeparti setzte sich der EU-Abgeordnete Anders Vistisen auf das Podium. Das Gesamtbild fiel mager aus, da Marine Le Pens Rassemblement National, Geert Wilders' Freiheitspartei, die österreichischen Freiheitlichen, die ultrarechte spanische Vox und Vertreter der Visegrád-Staaten fehlten. Das ist jedoch nicht mit grundsätzlichen Absagen an das Vorhaben gleichzusetzen, da der eigentliche Startschuß am 18. Mai bei einem Großevent in Mailand fallen soll, an dem dann auch all jene Parteien teilnehmen werden, die sich der Rechtsallianz anschließen. Mindestens ein Dutzend Gruppen aus weiteren Ländern sollten bis dahin dazustoßen, gab Jörg Meuthen als optimistisches Ziel aus.

Die Inhalte der einstündigen Pressekonferenz blieben zwangsläufig rar, um den angestrebten Pool offenzuhalten. Nach den Worten Salvinis werde man einen

"neuen Traum" für Europa stiften und dafür die Union "radikal" reformieren, den Brüsseler Zentralismus eindämmen und die Hoheit der Nationen etwa beim Staatshaushalt stärken. Die Sozialisten und Konservativen, die Europa seit Jahrzehnten regierten, hätten nur einen "Albtraum" produziert. "Die Europäer wurden betrogen von den Bürokraten, den Bankern und den Gutmenschen", wettete er. Seine Allianz werde sich für ein Europa der Arbeit, der Sicherheit und des Grenzschutzes einsetzen.

Um das zu erreichen, wolle man künftig nicht zersplittert, sondern geeint auftreten. Willkommen seien alle Parteien, "für die Attribute wie konservativ, freiheitlich und patriotisch mehr sind als leere Worthülsen". "Nicht willkommen sind uns Sozialisten, Kommunisten, Ökofaschisten und Extremisten - und zwar aus dem linken wie aus dem rechten Lager." Meuthen plädierte zudem für einen "machtvollen Schutz" an den EU-Außengrenzen und die Zurückdrängung der "illegalen Migration". In die "Festung Europa" solle nur kommen, wer ausdrücklich hereingelassen werde. Die italienische Lega zeige exemplarisch, wie das geht.

Salvini räumte durchaus Differenzen zwischen den verschiedenen Parteien ein, was aber angesichts des angestrebten Schutzes der nationalen Identität kein Problem sei. Unerwähnt blieben denn auch die Kontroversen in der Migrationsfrage, da Salvini beim Versuch, Geflüchtete auf andere Länder weiterzuverteilen, bei der polnische PiS und der ungarischen Fidesz auf Granit gebissen hatte. Den Polen wiederum sind

die guten Beziehungen zu Wladimir Putin, die Salvini und Le Pen ebenso wie Österreichs Freiheitliche pflegen, ein Dorn im Auge. Die FPÖ hat zwar keinerlei Berührungspunkte mit der AfD, muß aber beim Werben um Stimmen aus dem konservativen Lager Vorsicht walten lassen, um dieses Segment der Wählerschaft nicht abzuschrecken. Marine Le Pen bedient nicht selten die Ressentiments ihrer Landsleute gegenüber Italien, dessen aktueller Umgang mit Staatsschulden von der AfD keinesfalls gutgeheißen wird.

Insofern ist eigentlich nicht abzusehen, wie sich die potentiell an einer gemeinsamen Fraktion beteiligten rechten Parteien in inhaltlichen Fragen einigen sollten. Das ist vielleicht aber auch gar nicht erforderlich, soweit sie sich auf die Ablehnung der EU in ihrer bestehenden Form konzentrieren und ihren Entwurf einer radikalen Reform schlichtweg nicht konkretisieren. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang eine Aussage Alexander Gaulands beim Wahlkampfauftakt in Offenburg. Warum sich an der Wahl beteiligen, wenn das Europaparlament nichts zu sagen hat? Die AfD wolle möglichst viele Vertreter in ein Parlament schicken, das sie abschaffen möchte, klärte der AfD-Vorsitzende sein Publikum über den offenkundigen Widerspruch auf. "Da die EU kein Staat ist, braucht sie kein Parlament." Seiner Partei schlägt Gauland vor, die Europawahl wie die letzte Volkskammerwahl in der DDR anzusehen. Auch damals hätten Parteien in eine dem Untergang geweihte Volksvertretung gestrebt, um die Zukunft mitzuprägen. [4]

Für die rechten Parteien ist Parlamentarismus kein Selbstzweck oder Wert an sich, sondern vorübergehendes Mittel auf dem Weg zur Machtübernahme. Sie machen davon Gebrauch, soweit es ihrem Vorteil dient, setzen aber zugleich auf seinen Zusammenbruch oder seine Zerschlagung. Eine starke "Europäische Allianz der Völker und Nationen" käme daher ohne jeden konstruktiven Zukunftsentwurf samt entsprechender Agenda aus, und ihr das als Schwäche anzulasten, zeugte von der fundamentalen Verkennung seitens des bürgerlichen Lagers.

Anmerkungen:

[1] www.faz.net/aktuell/politik/ausland/vor-der-europawahl-afd-und-lega-bilden-gemeinsame-fraktion-im-eu-parlament-16130556.html

[2] www.sueddeutsche.de/politik/rechtspopulismus-europawahl-lega-afd-1.4401092

[3] www.welt.de/politik/ausland/article191527471/Europawahl-2019-AfD-und-Lega-bilden-neue-Fraktion-im-EU-Parlament.html

[4] www.faz.net/aktuell/politik/afd-und-europawahlkampf-gaulands-abflussbecken-16129238.html

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/herr1818.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...
Kommentare ... Interviews ...
Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ...
Tips und Veranstaltungen ...*
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

Globale Erwärmung - Scheingewinne ...

(SB) 9. April - Die Nordostpassage entlang der nordsibirischen Küste wird in den nächsten Jahren häufiger im Sommer eisfrei sein und deshalb von der Handelsschifffahrt intensiver genutzt werden. Zugleich bereitet sich die russische Regierung darauf vor, in der Arktis noch mehr Erdgas und Erdöl zu fördern als bisher. Rußland stehen zwar Probleme durch die globale Erwärmung ins Haus - beispielsweise aufgrund des auftauenden Permafrosts -, aber sieht sich als Gewinner des Klimawandels. Das geht unmißverständlich aus der Themenauswahl hervor, die auf dem 5. Internationalen Arktisforum vom 9. bis 10. April 2019 in St. Petersburg behandelt wurden. [1]

Solche Vorteilsabwägungen, nach denen die Arktis zugänglicher wird und besser ausgebeutet werden kann - vor allem hinsichtlich fossiler Energieträger -, wirken angesichts des hohen Risikos kurzfristig. Denn spätestens wenn der Meeresspiegel im Laufe dieses und des nächsten Jahrhunderts Meter für Meter steigt, der Lebensraum von zig Millionen Menschen verloren geht, werden heftige Konflikte um Land und Ressourcen ausbrechen. Die werden vor der russischen Grenze nicht haltmachen, um es vorsichtig zu formulieren. Im Gegenteil: Der auffällige NATO-Aufmarsch in West-, Nord- und Südosteuropa entlang der russischen Grenze, die Sanktionen gegen das Land, die

Aufkündigung des INF-Vertrags über den Bau und das Aufstellen von Mittelstreckenraketen seitens der USA und auch die vielen Hinweise auf die Feinbildproduktion sowie umgekehrt die Bereitschaft Rußlands, in seiner Peripherie militärisch zu intervenieren, lassen eher früher als später einen größeren Krieg erwarten. Die globale Erwärmung mit ihren verschiedenen Konsequenzen für die Natursysteme wird diese und weitere politische Spannungen in der Welt noch verstärken. Der Gewinn, den Rußland daraus erzielt, daß es fossile Energieträger fördert, deren Verbrennung hauptverantwortlich für die gegenwärtige Erderwärmung ist, könnte sich als Bumerang erweisen.

Rußlands Präsident Wladimir Putin schwärmt, daß im Jahr 2050 rund 30 Prozent aller Kohlenwasserstoffe wie Erdöl und Erdgas in der Arktis gefördert werden und diese Region deshalb wirtschaftlich extrem wichtig ist. [2]

Das sehen die Mitgliedsländer des Arktischen Rats - Kanada, USA, Norwegen, Dänemark, Island, Finnland und Schweden - durchaus ähnlich. Die Europäische Union beispielsweise umkleidet ihre wirtschaftlichen Erschließungsinteressen in der Arktis - Stichwort Blue Growth - mit wohlfeilen Worten, daß dies für die Umwelt so schonend wie möglich geschehen soll, aber auf "Entwicklung" will auch sie

nicht verzichten. [3]

Die US-Regierung unter Donald Trump wiederum hat ein Moratorium seines Vorgängers Obama zur Förderung von Erdöl und Erdgas an der Nordküste Alaskas aufgehoben. Auch wenn Shell und andere Ölgesellschaften gar nicht so erpicht darauf sind, in dieses Risikogeschäft einzusteigen, solange Alternativen wie zum Beispiel Fracking auf dem Festland der USA bestehen, bedeutet das nicht das endgültige Aus für Bohrinnseln und andere Infrastrukturen der fossilen Energiewirtschaft, die den Arktischen Ozean kontaminieren können.

Eine Zunahme der wirtschaftlichen Aktivitäten in der Arktis bedeutet bildlich gesprochen, daß man nahe am Herzen des globalen Klimas operiert. Denn wenn erst die Meereisfläche rund um den Nordpol sommers verschwindet, was beim gegenwärtigen Trend schon in wenigen Jahrzehnten der Fall sein kann, läßt sich das Meer kräftig mit Wärme auf, nagt an den grönländischen Gletschern, die um so schneller ins Meer gleiten, und könnte die nordsibirische Permafrostküste über weite Strecken zerrütten. Falls es dazu kommt, wird nicht nur eine rege biologische Aktivität einsetzen und das bis dahin im Dauerfrostboden gebundene pflanzliche Material von Bakterien zu Methan und Kohlenstoffdioxid zersetzt werden. Es droht auch

die Freisetzung von Methanhydraten im Ostsibirischen Schelf. Wenngleich die Idee von einer plötzlichen Freisetzung des Methans ("Methanbombe") von vielen Forscherinnen und Forschern nicht geteilt wird, bergen beide Effekte zusammen ein Treibhausgaspotential, das die gegenwärtige Geschwindigkeit der globalen Erwärmung zumindest erheblich beschleunigen könnte.

Das wird durch eine Reihe von Studien gewissermaßen angekündigt. Aktuelle Untersuchungen haben gezeigt, daß die Transpolardrift schwächelt. Jedes Jahr lösen sich Eisschollen von ihrer "Kinderstube" an der nordsibirischen Küste und treiben in Richtung Zentrum des Arktischen Ozeans, wo sie sich der Transpolardrift anschließen und eine relativ geschlossene Meereisdecke bilden. Auf dem Weg dahin lösen sich inzwischen 80 Prozent des Meereises auf, im Jahr 2000 dagegen kam noch die Hälfte an.

Schon länger ist bekannt, daß die Zeit, an der die nordsibirische Küste im Sommer eisfrei ist, früher im Jahr einsetzt und später endet. Jenes Eis jedoch bildete ein natürliches Bollwerk gegen

Wind und Wellen. Die greifen im Jahresverlauf immer länger die Küste an und beschleunigen die Erosion. Dadurch wird unter anderem Methan freigesetzt, das auf einen Zeitraum von zwanzig Jahren gerechnet das bis zu 87fache Treibhausgaspotential von Kohlenstoffdioxid hat.

Die Meereisfläche der Arktis ist in den letzten Jahrzehnten dramatisch geschrumpft. Mehr noch, wie erst kürzlich noch einmal wissenschaftliche bestätigt wurde, wächst der Anteil des dünnen, einjährigen Meereises an, wohingegen das dickere, mehrjährige Meereis verschwindet. Diese Entwicklung läuft unter anderem darauf hinaus, daß die Handelsschifffahrt zunehmend weniger auf Eisbrecher angewiesen sein wird, die eine Fahrrinne durch das Eis freihalten. Nimmt aber der Seeverkehr zu, wird das auf Dauer ein nicht zu unterschätzender Faktor dabei sein, der das Meereis zerkleinert und noch anfälliger für klimatische Einflüsse macht.

Um zehn Tage verkürzt sich der Schifffahrtsweg von West nach Ost entlang der Nordostpassage gegenüber dem bisher üblichen Weg durch den Suezkanal. Die

Strecke von Westeuropa nach Japan und den Fernen Osten über den Arktischen Ozean verkürzt sich um die Hälfte. Ebenfalls verkürzt sich voraussichtlich die Hochphase der menschlichen Zivilisation, sollte das wirtschaftliche Verwertungsmodell Rußlands und seiner Konkurrenten in der internationalen Gemeinschaft ungebremst auf die Erschließung der Arktis angewendet werden. Was in der Arktis geschieht, ist brandgefährlich für das gesamte Leben auf dem Planeten Erde.

Anmerkungen:

[1] <https://forumarctica.ru/en/programme/business-programme/>

[2] https://www.deutschlandfunkkultur.de/forum-zur-zukunft-der-arktis-die-grosse-sorge-um-das.1008.de.html?dram:article_id=445763

[3] https://ec.europa.eu/maritimeaffairs/sites/maritimeaffairs/files/2018-09-17-1st-arctic-stakeholder-conference-report_en.pdf

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-699.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ... Reportagen ... Textbeiträge ...
Dokumente ... Tips und Veranstaltungen ...
<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

Täglich eine neue Schach-Sphinx unter:

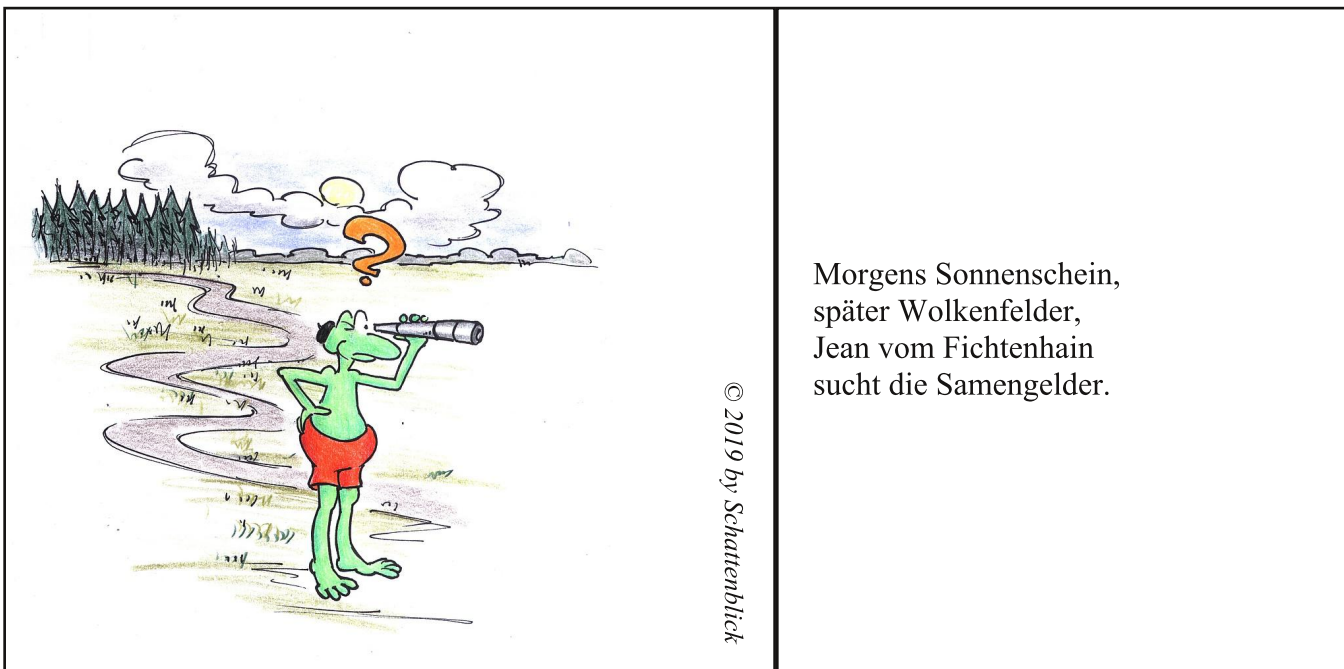
http://www.schattenblick.de/infopool/schach/ip_schach_schach_schach-sphinx.shtml

- 1 BÜRGER und GESELLSCHAFT - REPORT: Frauenstreik - Frontverwandtschaften ...
5 BÜRGER und GESELLSCHAFT - REPORT: Frauenstreik - das fortgesetzte unterdrückte Ringen ...
Leyla Kaya im Gespräch
6 SCHACH-SPHINX: Dämonengleiches Aufblitzen
7 POLITIK - REDAKTION: Iran - dunkle Wolken über Nahost ...
9 POLITIK - KOMMENTAR: Europawahl - und dann wird Politik gemacht ...
12 UMWELT - REDAKTION: Globale Erwärmung - Scheingewinne ...
14 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 10. April 2019

DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

Und morgen, den 10. April 2019

+++ Vorhersage für den 10.04.2019 bis zum 11.04.2019 +++



© 2019 by Schattenblick

Morgens Sonnenschein,
später Wolkenfelder,
Jean vom Fichtenhain
sucht die Samengelder.

IMPRESSUM

Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.
Verantwortlicher Ansprechpartner: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de
Telefonnummer: 04837/90 26 98
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.): Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV: Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth
ISSN 2190-6963
Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel
Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.